

**Brot
für die Welt**

Evangelische Kirche von Westfalen



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



KLUG

Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit



**DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND**

GESUND, SOZIAL, KLIMAGERECHT: INVESTITIONEN IN EINE ZUKUNFTSSICHERE GESELLSCHAFT

Forderungen zum Konjunkturpaket

Gesund, sozial, klimagerecht: Investitionen in eine zukunftssichere Gesellschaft

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie verletzlich die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systeme sind, die unser Leben tragen. Sie hat aber auch gezeigt, dass wir als Gesellschaft in der Lage sind, in sehr kurzer Zeit notwendige, große Veränderungen umzusetzen.

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, die Bereiche Gesundheit, Soziales und Klima zusammenzudenken. Das ist notwendig, um künftig bessere Grundlagen dafür zu schaffen, die Gesundheit der Menschen und unsere Gesellschaft zu schützen. Wenn Regierung und Parlament jetzt Konjunkturpakete zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie aufsetzen, haben wir die historische Chance, unsere Gesellschaft umweltfreundlicher, resilienter und gerechter zu gestalten und damit vielen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Deshalb müssen die Konjunkturprogramme jetzt die richtigen Impulse für eine zukunftsfähige, sozial gerechte und treibhausgasneutrale Wirtschaft setzen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Eindämmung der Coronakrise dürfen nicht dazu führen, dass sie globale Krisen wie Armut, den Klimawandel und das Artensterben verstärken. Bereits jetzt erleben wir, wie sich die Klimakrise und das Artensterben immer mehr beschleunigen und die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird – global, aber auch in Deutschland. Handeln wir nicht mit der gebotenen Eile und Entschlossenheit, steuern wir auf eine unaufhaltsame Klimakrise sowie die Zunahme prekärer Lebensverhältnisse und Armut zu. Dies hätte gravierende Folgen für die Gesundheit und das Leben von Milliarden von Menschen im Globalen Süden, aber auch in Deutschland und Europa.

Die Bundesregierung und der Bundestag sind dringend aufgefordert, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken, soziale Ungleichheiten zu beseitigen und Chancengerechtigkeit zu befördern. Sie müssen die Klimakrise entschieden angehen und den Schutz der Biodiversität vorantreiben. Bei der Bewältigung der Pandemie gilt es, alles dafür zu tun, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und die verwundbarsten und ärmsten Menschen zu schützen. Klimaschutz ist auch Gesundheitsschutz. Hierfür müssen wir bei uns, aber auch in Europa und international Solidarität und Verantwortung zeigen.

1. Mit einem Konjunkturpaket die richtigen Weichen stellen

Infolge der Corona-Pandemie und der weitreichenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ist weltweit die Wirtschaftsleistung eingebrochen. Wirtschaftliche Existenzen gehen zugrunde und Menschen verlieren ihre Arbeit. Andere, etwa die in der bezahlten und unbezahlten Versorgung und Pflege Arbeitenden, werden bis an ihre Grenzen und darüber hinaus belastet. Um die dramatischen Folgen zu bekämpfen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, braucht es umfangreiche Konjunkturpakete. Diese müssen zum einen in der Lage sein, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu entschärfen, zum anderen eine klimaneutrale und gerechtere Gesellschaft zu befördern. Es gilt, die soziale und ökologische Resilienz unserer Gesellschaft zu stärken. Die Konjunkturpakete müssen die Weichen für eine bis spätestens 2050 treibhausgasneutrale Wirtschaft stellen. Sie sind ein Schlüssel dafür, unsere Gesellschaft gerechter und sozialer zu machen und ihre Resilienz zu erhöhen.

- Wir fordern, dass die Konjunkturpakete auf die internationalen Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden, die globale Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu beschränken. Statt umweltschädigende Wirtschaftsstrukturen zu zementieren, gilt es, die Transformation in den Sektoren Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und Gebäuden zu beschleunigen.
- Hierzu gehört, den Ausbau erneuerbarer Energien wieder deutlich zu beschleunigen. Dabei muss sichergestellt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2030 auf 75 % erhöht wird. Hierzu müssen Hemmnisse abgebaut und eine verbindliche Bund-Länder-Strategie eingeführt werden, die sicherstellt, dass genügend Flächen für erneuerbare Energien zur Verfügung stehen.
- Im Verkehrssektor gilt es klimafreundliche Verkehrsmittel wie ÖPNV, Rad- und Schienen- oder Busverkehr ins Zentrum zu rücken. Die Transformation der Zulieferer der Automobilindustrie gilt es zu beschleunigen, statt über eine Kaufprämie falsche Strukturen zu zementieren. Um die ökologische Verkehrswende zu beschleunigen, muss in die Steigerung der Kapazitäten beim ÖPNV und Schienenverkehr sowie des sicheren Radfahrens investiert werden.
- Zusätzlich braucht es eine Offensive für sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung und den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, den schnellen Austausch fossiler Heizsysteme sowie Investitionen in effiziente Wärmepumpen und grüne Wärmenetze. Es besteht dringender Handlungsbedarf, Mieter*innen zu schützen und den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern, möglichst in öffentlicher, genossenschaftlicher

oder gemeinwohlorientierter Hand. Wohnungsneubau sollte bevorzugt auf bereits versiegelten Flächen entstehen.

- Wir fordern, die Industrie bei der Umstellung der Grundstoffprozesse auf klimaneutrale Verfahren zu unterstützen, etwa bei der Nutzung grüner Infrastrukturen und grünen Wasserstoffs, wo die direkte Nutzung erneuerbarer Energien nicht möglich ist. Es gilt, notwendige Investitionen anzuschieben, für die sich auf absehbare Zeit kein privates Geschäftsmodell entwickeln wird, wie die Herstellung grünen Stahls oder die CO₂-neutrale Zementproduktion. Die Konjunkturprogramme sollten energieintensive Industrieunternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen. Wichtig sind hierbei klare, überprüfbare Kriterien. Auch betriebliche Energieeffizienz, etwa bei Querschnittstechnologien und Abwärmenutzung, ist gezielt zu fördern.
- Konjunkturbeihilfen müssen Landwirt*innen dabei unterstützen, krisenfest und zukunftsfähig zu werden. Die Ziele der europäischen Farm-to-Fork- und Biodiversitäts-Strategie müssen ohne Verzögerung in konkrete Umsetzungsschritte überführt und kohärent mit einer sozial-, klima- und umweltfreundlichen Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik verbunden werden.
- Wir fordern für den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur massive Investitionen, etwa in die (politische) Bildung, Ausbildung, Fortbildung und Forschung, in das Gesundheitssystem und die Pflege. Dies ist zentral, um die gesellschaftliche Resilienz zu stärken. In der Krise und danach brauchen wir mehr sozialen Zusammenhalt. Dafür müssen existenzsichernde Sozialleistungen erhöht und faire Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden.
- Wir fordern, die Ausstattung und Finanzierung des Bildungssystems in Deutschland entschieden zu verbessern. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass die bauliche, digitale und hygienische Ausstattung der Bildungseinrichtungen ausgeweitet und modernisiert werden muss. Zudem muss mehr in Medienbildung, digitale Lernangebote und in die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften investiert werden. Renovierungen und Umbauten kurbeln kurzfristig die Konjunktur an, langfristig stärken gute Ausbildungssysteme auch demokratische Strukturen.
- Für uns ist zentral, dass Kommunen und Träger der freien Wohlfahrtspflege in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, insbesondere auch ihre sozialpolitischen, gesundheits- und klimapolitischen Aufgaben. Die ohnehin schon angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen droht sich durch die Einnahmeausfälle infolge der Corona-Pandemie drastisch zu verschärfen. Ihre Investitionstätigkeit ist kurzfristig und dauerhaft zu sichern.

Zudem braucht es Maßnahmen, die Kommunen vor einem Sparzwang bewahren, der dazu führt, dass essenzielle Dinge wie intakte Schulen, Kindertagesstätten, saubere und vielfältige Grünanlagen oder sachkundiges Verwaltungspersonal nicht mehr bezahlt werden können. Es braucht deshalb jetzt eine Zusage für Soforthilfen und Garantien für Investitionen. Es gilt, die Zahlungsfähigkeit der Länder und Kommunen herzustellen. Zudem muss mit einem Altschuldentilgungsfonds den besonders hoch verschuldeten Kommunen geholfen werden.

- Der Gesundheitssektor muss dabei unterstützt werden, sich besser auf weitere Pandemien und zunehmende Erkrankungen durch die Klimakrise vorzubereiten und den eigenen ökologischen Fußabdruck zu verringern. Das erfordert in den Krankenhäusern mehr und tariflich bezahltes Pflegepersonal sowie eine gründliche, auf die neuen Herausforderungen zielgerichtete Weiterbildung, klimaverträgliche Kühlung und Heizung, spezifische Logistik und Vorratshaltung. Die Gesundheitsämter müssen personell, materiell und organisatorisch gestärkt und auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden.

2. Finanzielle Hilfen bereitstellen und an Bedingungen knüpfen

Investitionshilfen, Konjunkturprogramme und Rettungspakete, die künftig aufgelegt werden, dürfen nicht wahl- oder bedingungslos vergeben werden.

- Uns ist ein zentrales Anliegen, dass finanzielle Hilfen an die Bedingung geknüpft werden, dass sich emissionsrelevante Unternehmen auf einen überprüfbaren Transformationspfad hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft begeben. Unternehmen sollten im Fünf-Jahres-Rhythmus anhand von überprüfbaren Meilensteinen nachweisen, wie sie den Pfad zur Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 beschreiten. Über den entsprechenden Einsatz des Geldes sollten sie transparent berichten. Das Klimakabinett sollte die Überprüfung der Unternehmenshilfen steuern – auch mit der Aufgabe, öffentliche Transparenz über die Verwendung herzustellen. Ein geeignetes Bemessungs- und Berichtsinstrument dafür ist die EU-Taxonomie.
- Investitionshilfen für mittlere und größere Unternehmen sollten auch daran gebunden sein, dass die Unternehmen sich verpflichten, Kriterien Guter Arbeit zu beachten und in der gesamten Wertschöpfungskette soziale und menschenrechtliche Sorgfalt walten zu lassen, wie sie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie die Sustainable Development Goals formulieren. Dazu gehört auch, die Tarifbindung und Mitbestimmung in den Unternehmen zu stärken, prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie ausufernde Werkverträge abzuschaffen, Subunternehmerketten und Leiharbeit einzudämmen sowie die Gleichstellung der Geschlechter und von Diversität in den Unternehmen umzusetzen.

Zur Bewältigung der Krise sollten alle Unternehmen zunächst ihre Anteilseigner in die Verantwortung nehmen. Es sollte sichergestellt sein, dass die Unternehmen ihr Risiko analysieren, wirksame Maßnahmen ergreifen und darüber berichten.

3. Finanzielle Mittel zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen mobilisieren

Durch die Corona-Krise nimmt die Verschuldung deutlich zu. Neben den Investitionshilfen braucht es daher mittel- und langfristig auch eine Verständigung über die Einnahmenseite. Eine Mobilisierung finanzieller Mittel kann und sollte so gestaltet werden, dass soziale Gerechtigkeit und ökologische Ziele befördert werden, indem umweltschädliche Subventionen abgebaut, Umwelt- und Gesundheitskosten internalisiert werden und höhere Einkommensgruppen einen fairen Anteil zur Bewältigung der Krise leisten.

- **Wir fordern, dass umweltschädlichen Subventionen und Steuerprivilegien bis 2025 schrittweise abgeschafft werden.** Allen internationalen Bekenntnissen zum Trotz sind diese in den letzten Jahren in Deutschland auf über 50 Milliarden Euro angestiegen. In einem ersten Schritt sollten Subventionen für die Nutzung fossiler Energieträger beseitigt werden, etwa im Luftverkehr durch die Einführung einer Kerosinsteuer und der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge sowie die Abschaffung des Dieselprivilegs. Die Preise für fossile Rohstoffe wie Öl, Kohle und Gas sind stark gesunken und erfordern ein Gegensteuern, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. So allein würden jährlich rund 20 Milliarden Euro für die Bewältigung der Corona-Krise frei.
- **Umwelt- und Gesundheitskosten sollten schrittweise so internalisiert werden, dass Preise die „wahren Kosten“ abbilden und Investitionen zukunftsweisend gelenkt werden.** So werden etwa die CO₂-Schadenskosten auf 180 Euro pro Tonne geschätzt. Entsprechend gilt es, den CO₂-Preis schrittweise anzupassen – ohne jedoch ärmere Bevölkerungsschichten netto zu belasten. Zugunsten der sozialen Gerechtigkeit sollte die Rückverteilung eines Teils der Einnahmen großgeschrieben werden, denn so käme ein CO₂-Preis ärmeren Haushalten zugute. Möglicherweise dennoch entstehende soziale Härten müssen durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen ausgeglichen werden.
- **Wir sehen die große Notwendigkeit, arme Menschen in der Krise und darüber hinaus zu unterstützen und gleichzeitig auf einen fairen Lasten- und Chancenausgleich in der Gesellschaft hinzuwirken,** damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht. Zu den Möglichkeiten, dies zu adressieren, gehören die Besteuerung großer Vermögen, die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und eine Reform der

Erbschaftssteuer sowie die Diskussion einer Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. Die Abschaffung des Solibetrags für Besserverdienende ist ein Schritt in die falsche Richtung.

- **Steuervermeidung und -betrug durch transnationale Unternehmen müssen wirksam bekämpft werden**, etwa durch eine gemeinwohlorientierte Reform der Unternehmensbesteuerung, die höhere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens bereitstellt, sowie Maßnahmen zum Schließen von weiteren Steuerschlupflöchern und Schattenfinanzplätzen weltweit.

4. Die internationale Dimension: Solidarität mit Europa und weltweit

Sowohl die Corona- als auch die Klimakrise sind international. Sie machen nicht an Ländergrenzen halt. Beide Krisen sind auch Gerechtigkeitskrisen, die fundamentale Fragen an Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aufwerfen. Diese Gerechtigkeitsfragen betreffen auch die EU und die Welt: Reichere Staaten müssen jetzt Solidarität mit ärmeren und besonders betroffenen Staaten zeigen.

- **Es ist im Eigeninteresse Deutschlands, sich jetzt deutlich zur Solidarität in Europa und dem Europäischen Green Deal zu bekennen.** Das 750 Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket „Next Generation EU“ der EU-Kommission vom 27. Mai 2020 ist wegweisend für Europa. Die Bundesregierung sollte weitere Schritte gehen und sich bei der Unterstützung dieses Pakets für seine klare und verbindliche Verzahnung mit dem Europäischen Green Deal einsetzen. Hierzu gehören der Einsatz der EU-Taxonomie als Prüfungsinstrument für nachhaltige Investitionen, die stringente Ausführung der Nationalen Energie- und Klimapläne (NECP), die sich an den europäischen Klimazielen orientieren, sowie eine aktivere Rolle des Europäischen Semesters bei der Prüfung auf Klimafreundlichkeit der Budgets der Mitgliedstaaten.
- **Die Krise ist global und kann daher nur im Geiste der grenzüberschreitenden Solidarität und Kooperation bewältigt werden. Bereits jetzt erleben wir dramatische Auswirkungen im Globalen Süden.** Angesichts der besonderen Vulnerabilität der Bevölkerung und der Unzulänglichkeit der Gesundheitssysteme wird die Corona-Krise verheerende Folgen für diese Länder mit sich bringen. Die Bundesregierung sollte gezielt Hilfspakete und Maßnahmen auf den Weg bringen, die vorrangig den Schutz und die Stärkung von besonders verletzlichen Menschen unterstützen, wie Kindern und Frauen, alten Menschen, Geflüchteten und Migrant*innen. Die Umsetzung der Agenda 2030 für globale Nachhaltigkeit und des Pariser Klimaabkommens sind dafür die verbindliche Richtschnur.

Die multilaterale Zusammenarbeit muss neu gestärkt werden. Zur wirtschaftlichen Erholung nach der Hochphase der Pandemie braucht es einen globalen „Grünen Marshallplan“. Sowohl die Klimakrise als auch die Corona-Schutzmaßnahmen treiben Staaten im Globalen Süden weiter in die Schuldenfalle. Daher bedarf es einer Initiative zum Schuldenerlass für die verletzlichsten Staaten.

Berlin, Juni 2020

Kontakt

Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland
Invalidenstraße 35
10115 Berlin

Telefon: 030 780 899 510
christiane.averbeck@klima-allianz.de
www.klima-allianz.de